

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

335 (7.12.1920) Erstes und Zweites Blatt

**Zeitschriften**  
In Karlsruhe frei ins Haus  
geliefert monatlich 5.50 M.  
an den Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 5.10 M.  
Kassenzahlung durch unsere  
Agenturen besorgen 5.50 M.  
monatlich, am Postamt  
abgeholt monatlich 5.30 M.  
vierteljährlich 15.90 M., durch  
den Briefträger frei ins  
Haus gebracht monatlich  
5.65 M., vierteljährlich 16.95 M.  
Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Kittlerstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

**Wissenswertes**  
Die Gabel, Honigwasserteile  
oder deren Raum 1 Liter  
1.40 M., 1 Liter Wasser 1.00 M.,  
Nestlé-Milch 1.00 M.,  
erster Stelle 5.50 M.,  
Abgabe nach 2. Ort,  
Anzeigen-Annahme  
bis 12 Uhr mittags,  
kleinere Anzeigen (Wartungen  
bis 4 Uhr nachmittags).  
Bernhardstraße 1.  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Verlag Nr. 207,  
Schriftleitung Nr. 20 u. 204  
Gesamtschreiber Nr. 277

**Badische Morgenzeitung**

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

**Badische Morgenpost**

**117. Jahrg. Nr. 335. Dienstag, den 7. Dezember 1920. Erstes Blatt**

## Die alte Methode.

**Bom**  
Unterrichtsprofessor Dr. Robert Sieger in Graz.

Wollte sich die Deutschen in Teplitz und Eger die Gewalttaten tschechischer Legionäre nicht widerstandslos gefallen lassen, ist in Prag eine Deutsche Bewegung mit Mäusen, Plünderung und Zerstörung von Kulturgütern ausgebrochen, die einen Schaden von Millionen anrichtete. Die Regierung, die den Bedröhten nicht Schutz, sondern Dolch bot, und die Politiker, die den Einbruch der nicht zu leugnenden Tatsachen auf das Ausland schieben, suchen nun eine Ausrede und finden sie in einer politischen Verdrängung. Die Deutschen werden des Monarchismus bezichtigt und eine Suche nach Kaiserbildern in Szene gesetzt. Das Ergebnis der Verdrängung ist die Verdrängung der Deutschen aus der Tschechien und als Gegenwehr gegen eine deutsche Verdrängung zu entschuldigen. Das man den Vertretern der Nachfolgerschaft die geschichtlichen, geographischen und ethnographischen Unwahrheiten geglaubt, mit denen sie in Paris auftraten, hat man sich auf ihre trügerischen Versicherungen über Minderheitenrecht und Minderheitenschutz verlassen, warum soll man nicht auch der neuesten Erzählung Glauben schenken?

Das ist dieselbe Methode, die Tschechen, Slowenen und Magyaren — oder richtiger, die Führer und Verherber der an sich friedfertigen Volksmassen — in der alten Donaumonarchie mit so viel Erfolg angewendet haben. Der Donaujude gegenüber haben dieselben Leute, die heute den zerrütteten Staat nicht ganz beschimpfen können, die Deutschen als „Freiheitskämpfer“ und „Arbeitslosen“, ihre zornige Gegenwehr gegen arme Uebergriffe als „Verfassungsverstöße“, ihre kulturelle Arbeit als „koloniale“ Ausbeutung hingestellt. Und dem Reichsdeutschen, der ohnehin vor allem „Deutschnationalen“ im Auslande sich zu bekümmern pflegte, haben sie dieselben Methoden vorgelegt. Nicht ohne Erfolg. Michel sah in den Magyaren seine wahren Freunde, in den Banater Schwaben aber ganze und in den Siebenbürger Sachsen wenigstens halbe „Alb-Deutsche“, von denen man sich abwenden müsse. Michel riet uns nur zu gerne gönnerhaft, den armen Slaven doch mehr Freiheit einzuräumen. Wenn wir gar von unorganischen Völkern sprachen, die der deutschen Führung bedürftig, wenn wir für unsere Verdrängung deutschen Bodens und deutschen Einflußbereiches den Rückhalt am Gesamtvolk verlangten, kam man uns mit der übigen Phrase vom „primus inter pares“ und sah etwa die Forderung nach der deutschen Staatsprache als vollständigen Beweis unserer Herrschbegier an.

Wozu ich heute davon rede? Nicht um zwecklose Wortkriege zu erheben, sondern weil man wieder mit diesen Methoden, auch im Deutschen Reich, zu wirken sucht. Dessen Ohr möchte man doch auch gern festhalten. Es ist recht annehmlich, wenn man aller Welt, die man beeinflussen will, auch sagen kann, selbst vorurteilsteigende Deutsche mißbilligen das Verhalten ihrer aufreuerischen Volksgenossen in Eger, Marburg oder dem Burenland. Und wenn man schon im Deutschen Reich den Eindruck der neuesten Gewalttaten nicht verwischen kann, so ist es doch gut, dort wenigstens die Vorstellung zu erwecken, die neuen Auslandsdeutschen erweckten nur deshalb solchen Sturm, weil sie Wind gefast haben. Im besonderen brauchen die Magyaren ausländische Sympathien, wenn sie Oesterreich das ihm gebührende Burenland (Deutschwestungarn) vorenthalten wollen. Und gerade sie, von allen Seiten umgeben mit Feinden, suchen wieder eine enge Beziehung zum Deutschen Reich — die nebensächlich sei, für dieses wenig Wert, aber um so mehr Gefährdung hätte. Sie wollen deshalb den Rückhalt erwecken, als ob sie den Deutschen in ihrem Lande weitgehende Rechte einräumen wollten, als ob ihre papiernen Versprechungen heute mehr Wert wären als ihre früheren Schöben, aber unangeführten Wecke. Aber auch Tschechen und Slowenen abwärben sich, als wären ihre Mahnungen nicht verblühene Reinde des Deutschtums, sondern bloß im Kampfe mit verräterischen und nationalistischen Landesbürgern, dagegen verblühlich und entgegenkommend gegen die Reichsdeutschen. Demgegenüber müssen wir Oesterreicher (und das ist gerade nicht jener, die immer maßvoll und von höherer Partie die nationalen Kämpfe wiedertrösten haben) den Brüdern im Reiche immer wieder Aufklärung bringen. So sei hier auf einige Tatsachen hingewiesen, die wohl geeignet sind, allem Viebswerden die Wirkung zu nehmen. Es war zuerst der Verrat Ungarns, der die Front der Donaumonarchie und damit die deutsche Sache ins Wanken brachte. Rängst war Ungarn und das slowenisch verwaltete Kroatien eine Heimstätte der Unterdrückung und Verleumdung des deutschen Volks gemein und wo die Tschechen die Macht hatten, verdrängten sie es ebenfalls damit. Dabei schrien aber alle über die Vergewaltigung durch die Deutschen, die schon dann gegeben war, wenn Deutsche in einer nichtdeutschen Stadt Versammlungen hielten oder ihre Muttersprache zu einer den lieben Willens nicht wachsenden Zeit gedruckten. Führer, wie der tschechische Ministerpräsident Czerny oder der slowenische Minister Korjosek waren „überloyale

## Diener der Habsburger, der Lebigenannte in der Umgebung des Monarchen viel gesehen.

Als aber die Front wankte, schlossen sie sich den Verrätern an, die im Heere so lange wengelauget worden waren, jetzt aber als Felder gekümmert werden und den offenen Abtrünnigen, die bei den Feinden standen und die sie unmittelbar vorher als eine verächtliche Minderheit gebrandmarkt hatten. Wegen unliebsame Erinnerungen und Kränkungen

## Der argentinische Zwischenfall.

**Die gute Regie.**  
(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 6. Dez. Die Völkerbundsversammlung hat sich, so gut es ging, aus der sehr großen Verlegenheit gezogen, in die der argentinische Zwischenfall sie gestürzt hatte. Die Regie der Sitzung war sorgfältig einstudiert. Präsident Grynans verlas das Schreiben des argentinischen Delegierten Puerredon und gab dann seine sehr trodene Antwort bekannt, in der er in feiner Weise zu den grundsätzlichen Fragen Stellung nahm, sondern nur mittelste, daß er dem Wunsch der argentinischen Delegation entsprechend ihren Entschluß der Versammlung übermitteln würde.

Für die Geschicklichkeit der Regie zeugt es auch, daß die Persönlichkeiten, die die Versammlung vorbereitet hatten, Lord Cecil, der immer noch als Idealist des Völkerbundes gilt, auf den Plan schiedten und ihn mit der offiziellen Graubede an die Adresse der Argentinier betrauten. Cecil vermischt auf den sympathischen Charakter und die großen Vorzüge der sich abendenden argentinischen Delegierten, sprach das lebhafteste Bedauern der Versammlung aus und erklärte nachdrücklich, daß auch ihm die Grundzüge sehr sympathisch seien, die die Argentinier in ihren Vorschlägen zum Ausdruck gebracht hätten, aber in keinem Parlament könne die Ablehnung von Vorschlägen in der Weise beantwortet werden, wie dies die Argentinier getan hätten. Die Ausführungen Cecils gewannen ein allgemeineres Interesse, schienen aber nicht ganz den Beifall der französischen Delegation zu finden, als er darauf hinwies, man müsse aus dem Vorfalle eine Lehre ziehen. Die Zeit der alten Diplomatie sei vorbei. Nur auf dem Boden der neuen Diplomatie des Freimuthes, der Aufrichtigkeit und Rücksichtnahme auf andere könne der Völkerbund einer schönen Zukunft entgegengehen. Damit war der Zwischenfall offiziell erledigt. Er erhielt jedoch durch die Behandlung der beiden wichtigsten Anträge: des argentinischen Antrages auf Aufnahme aller Staaten und des kanadischen Antrages auf Streichung des Artikels 10, eine weitere Lösung, die man als eine wesentliche Verschärfung des ganzen Problems auffassen muß. Bräming beantragte nämlich, daß der argentinische Antrag nicht diskutiert, sondern einfach der Kommission übergeben werden soll, die sich bereits mit den anderen auf das nächste Jahr verabschiedeten Änderungsanträgen zu befassen haben wird. Dieser offenbar längst vorbereitete Antrag verurteilte nicht nur seinen Widerstand, sondern führte zu der für viele überraschenden Erklärung des kanadischen Delegierten, daß auch er seinen Antrag einfach der Kommission überweise und auf eine Erörterung verzichte. Dieser Entschluß ist ihm sicherlich nicht leicht geworden, denn der kanadische Verweis auf den prinzipiellen Unterschied zwischen seinem Antrag und den nordlichen Änderungsanträgen. Er hob auch als Hauptargument für seine Stellungnahme die Tatsache hervor, daß der Völkerbund einstimmig für Brantinas Antrag sei. Mit einem scharfen Seitenhieb gegen Argentinien, der allgemein verstanden wurde, sagte er, daß Kanada keine Störung in der Versammlung hervorrufen wolle und daher auf die Debatte verzichte.

Mit dieser Lösung des argentinischen Zwischenfalles und der Verschleppung der beiden erwähnten Anträge hat sich die Völkerbundsversammlung endgültig für eine Politik entschieden, die ihr Vorsitzender Leon Bourgeois verfocht und der Argentinien in so sensationeller Weise entgegentrat. Allerdings darf auch hier nicht vergessen werden, daß diese Lösung eine rein parlamentarische Lösung ist und daß das Problem nicht nur die öffentliche Meinung überhaupt, sondern auch hier in Genf die Gemüter sicher noch stark beschäftigten wird.

## Rat und Versammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 6. Dez. In der heutigen Vollstimmung der Völkerbundsversammlung trat die nach Erledigung des argentinischen Zwischenfalles und der argentinischen und kanadischen Anträge in die Besprechung des Kommissionsberichtes über die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung ein. Nach einleitenden Worten Balfours referierten Viviani (Frankreich) und Ravello (Kanada), die feststellten, daß die Kommission sich von dem Grundsatze leiten ließ, bei der Definition der Kompetenzen des Rates, bei der Versammlung streng an dem Text des Paktes festzuhalten. Dort, wo diese Kompetenzen durch den Wortlaut des Vertrages nicht genau angeleitet sind, soll eine gewisse Flexibilität obwalten.

## haben sie einfach die Gewalt als Widerlegung.

Und in der Presse spricht man im Südstaatenreich wie in Böhmen offen von der Niederwerfung, ja Ausrottung der Deutschen. Solcherlei Leute, auf die ein helles Schlaglicht durch die Zustimmung in Kärnten mit ihren vielen slowenischen Stimmen für Deutsch-Oesterreich fällt, suchen den Deutschen im Reich über sich zu täuschen. Es darf ihnen nicht gelingen.

## Lord Robert Cecil wies darauf hin, daß dem Rate wie der Versammlung die Kompetenzen

zuzubehören, sich mit den Fragen, die den Frieden der Welt berühren, zu befassen, und daß es daher mündigensert wäre, festzustellen, welchen Organen die Entscheidung in dieser Frage zustehe. Es dürfte keine Kompetenz der Versammlung durch Beschluß des Rates angetastet werden. Viviani stellte fest, daß die Behandlung der jährlichen Berichte des Völkerbundesrates Gelegenheitsgabe, zu den Arbeiten des Rates Stellung zu nehmen. Sollten sich über die Zuständigkeit der beiden Organe Unstimmigkeiten ergeben, so könnten diese durch eine gemischte Kommission zweifelslos gelöst werden. Sir Mayr wünschte die Vorlegung der bisher in die Zuständigkeit des Rates fallenden Fragen an die Versammlung, da dieser das Recht zustehe, Änderungen an den Plänen des Rates zu veranlassen. Ravello lehnte diesen Vorschlag als im Widerspruch zum Wortlaut des Textes lebend ab.

In der Versammlung herrschten zwei Stimmen vor. Die eine wollte die Kompetenz der Versammlung erhöhen, während die andere eine Verstärkung des Rates für notwendig hielt. Ravello beantragte, den Bericht der Kommission ohne Änderung zu genehmigen.

Ein Zusatzantrag Politis (Griechenland), daß der Rat wenigstens über den allgemeinen Weltfrieden betreffenden Fragen, die er während der Tagung der Versammlung behandelte, der Versammlung unterbreiten möge, wurde angenommen. Ein zweiter Antrag Politis wollte aus den Schlussworten des Kommissionsberichtes, in denen es heißt, daß die Versammlung kein Recht habe, eine ausschließlich in die Kompetenz des Rates fallende Entscheidung zu ändern, das Wort „ausschließlich“ streichen. Nach ausführlicher Debatte, in der Viviani für, Ravello und Bundespräsident Motta gegen die Streichung sprachen, die die Rechte des Rates vermindern würde, überwies man die Frage der Kommission, um eine Lösung zu finden.

Der Kommissionsbericht wurde hierauf von der Versammlung genehmigt.

## Eine Entschlebung des deutschen Beamtenbundes.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 6. Dez. Der deutsche Beamtenbund hatte gestern eine Vorstandssitzung, in der die Frage der Erhöhung der Feuerungszulage und der Kinderzulage erörtert wurde. Die Vorlage der Regierung wurde als durchaus ungenügend bezeichnet und folgende Entschlebung an den Reichstag gefast: In voller Würdigung der Notlage des Reiches, in voller Erkenntnis der großen Verantwortung der Beamtenschaft gegenüber dem Volksgange, aber auch in eben so klarer Erkenntnis, daß die Beamtenschaft ihrer Aufgabe nur gerecht werden kann, wenn ihr die Lebensmöglichkeit gewährleistet ist, erklärt der deutsche Beamtenbund, daß die von Hauptauschuss des Reichstages vorgeschlagene Erhöhung der Kinderzulage allein nicht geeignet ist, der in der Beamtenschaft herrschenden und unbefriedigten Not zu steuern. Dazu bedarf es unbedingt der Festsetzung einer Mindestfeuerungszulage. Da die Not auf allen Beamten, nicht nur auf den linderreichen, lastet, kann ausreichende Hilfe nur durch eine Erhöhung der Feuerungszulage geschaffen werden. Sollte die Vollversammlung des Reichstages nicht zu diesem Beschluß kommen, so würde der deutsche Beamtenbund sich genötigt sehen, die Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften zu befragen, wie sie sich zu dem Beschluß der gegebenen Körperschaft stellen und welche Maßnahmen alsdann zu treffen wären. In dieser Entscheidung wird von der Bundesleitung noch mitgeteilt, daß die Absicht besteht, nur rein gewerkschaftliche Mittel anzuwenden. Sollte der Reichstag eine Verbesserung der Regierungsvorlage nicht vornehmen, so wird eine Urabstimmung unter der Beamtenschaft vorgenommen werden, was aber auch noch nicht bedeuten will, daß es dann unbedingt zu einem Streik kommen muß.

## Frankreich und England.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 6. Dez. Wie verlautet, teilte der französische Ministerpräsident Lyaoges auf der letzten Konferenz der Alliierten in London mit, daß Frankreich sich weigere, amtliche Schritte bezüglich der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland zu tun, das es aber bereit sei, französischen Unternehmern zu gestatten, mit Rußland Handel zu treiben.

## Ernährungsdebatte im Reichstag.

6. Von unserer Berliner Redaktion wird uns

gebrach:  
Im Reichstag war gestern Ernährungsdebatte. Noch vor kurzem hatte man dabei sofortige scharfe Angriffe nicht nur gegen die Wirtschaftspolitik, sondern auch gegen die Persönlichkeit des Ministers Dr. Hermes erwartet. Aber die Wagen schienen zunächst gestillt zu sein. Das Haus war überaus häßlich befeht, von Aufregung keine Spur und die Ministerbank, von der der Ernährungsminister mit einem dicken Mannstrick an das Rednerpult trat, blieb die meiste Zeit ebenfalls völlig leer. Hermes las dann mit lauter, offizieller, einfüßiger Stimme vor, was er über den Stand unserer Lebensmittelversorgung und die Richtlinien seiner Politik sagen zu können meinte. Er bekundete gemiß nicht die großen Schwierigkeiten, aber er zeigte im ganzen doch viel Optimismus, was vielleicht auch nur seine geschmeidige Weltmannsart mit sich bringt. Für Getreide, Milch, Butter und Butter kann die Zwangswirtschaft noch nicht entbehrt werden. Das wissen wir leider. Viel schlimmer ist die Frage der ungewöhnlichen Reichszuschüsse für ausländisches Getreide, die vom März bis August 1921 wieder über 9 Milliarden erfordern werden. Solche Zuschüsse können natürlich nicht beliebig weiter gehen. Trotzdem zeigte der Minister ein besonderes Verständnis für die Landwirtschaft, die, wie er sagte, mit dem Preisabsturz nicht beginnen könne. Auf billige Düngemittel werde sie zunächst auch nicht rechnen dürfen. Gerade hieraus folgerte Hermes die Pflicht der Landwirtschaft zu stärkerer Produktion, die allein die Grundlagen unserer Wirtschaftsliebens wieder gesund machen könne. Wir fürchten, seine Manuskriptvorlesung wird leider bei den vielen Landwirten, die immer mehr von der intensiven zur extensiven Wirtschaft zum Schaden der Allgemeinheit übergehen, wenig Eindruck machen. Da war der übertriebene Warnungsruf des Weltsozialisten und preussischen Landwirtschaftsministers Braun, daß wir, wenn so weiter gewirtschaftet werde, von einer akuten Hungersnot bedroht werden, an sich wirkungsvoller. Freilich glauben wir, daß vielfache Gleichgültigkeit der Gutbesitzer und Bauern nicht nur durch den persönlichen Grollismus, die teuren Düngemittel um zu erklären ist, sondern auch durch das Gefühl der politischen Unsicherheit und die tiefgehende Unzufriedenheit, die gerade in diesen Kreisen vorhanden ist.

Das Hermes im Einzelnen über die Maßnahmen zur Schmelzmahl, über das Auf und Ab der Margarinwirtschaft und die Milchnot sagte, war nicht neu. Er wird zu einem späteren Stadium dieses Jahres wohl noch eingehender Rede und Antwort sehen müssen. Gegen Schluss der Sitzung wurde es dann doch noch lebendiger, und zahlreiche Abgeordnete hatten sich offenbar in der Erwartung gerade der persönlichen Ansprache über die Fälle Augustin und Ramm eingefunden, die von Herrn Braun mit großer Schärfe gerade auch gegen den Minister Hermes selbst angegriffen wurde. Dieser widerstand natürlich sehr energisch und nannte die Darstellung Brauns eine Unwahrheit, was diesen aber nur veranlaßte, seine Behauptung noch einmal zu wiederholen. Unruhe und unerquickliche Zwischenrufe wurden dadurch endlich so schlimm, daß der inzwischen erscheinene Reichskanzler Rehrenbach mit sehr erster Stimme um mehr Rüksicht und Würde bei den parteipolitischen Auseinandersetzungen bat, da sonst Gedächtnis zu leisten auch ihm unmöglich würde. Also eine verschleierte Mißbilligung, die ihre Wirkung auch sehr wohl tat. Es folgten noch persönliche Bemerkungen von Helfferich und des Genoffen Denke, der natürlich Herrn Braun sekundierte. Dann verlas sich zunächst das Haus auf heute.

## Der Sitzungsbericht.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. Dezember.

Präsident Lbbe eröffnete die Sitzung 2.20 Uhr. Es wird die zweite Beratung des Reichshausbalds beim Kapitel des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt.

Abg. Döberich (D. So.) berichtet über die Verhandlungen im Ausschuss.  
Reichsminister Dr. Hermes: Der Kampf um alle einschlägigen Fragen hat sich zuletzt zu einem Kampf für oder gegen die Zwangswirtschaft. Das Ernährungsministerium hat den Abbau der letzteren, wie er vom Reichswirtschaftsministerium eingeleitet ist, wohl durchgeführt. Wir waren befreit, vor allem das Angebot von Nahrungsmitteln zu vermehren. Bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide und Kartoffeln waren Uebergriffe unvermeidlich. Jedenfalls kann der Verbraucher sich jetzt besser versorgen, auch billiger als beim Schleichhandel einkaufen. (Widerpruch links). Der Preisabsturz kann nicht willkürlich bei der Landwirtschaft genommen werden, denn diese Preise sind nicht von dem Zustande im Innern abhängig. Wir müssen an der Zwangswirtschaft festhalten. Die deutsche Landwirtschaft dürfte heute eine Preisstöße erfordern. Spätestens Verantwortungsgefühl und stiller Ernst müssen bei ihren Vertretern lebendig werden. Das Ministerium wird durch eine großzügige Propaganda die Gewissen in diesem Sinne erheben. Die Preisverfallungen sind weiter auszubauen. Die Getreideernte des laufenden Wirtschaftsjahres ist gegen das Vorjahr um fast 20 Prozent zu gering. Die Ablieferungen besonders in den letzten Wochen sind schlecht. Eine weitgehende Milderung über die ungenügende Lage unserer Getreideversorgung und die

Die heutige Nummer unseres Blattes umfasst 6 Seiten.

schlechte Ablieferung soll einlehen durch Zulassung der Weizen- und Weizenmehl. Die Regierung ist entschlossen, die Ernährung der Bevölkerung über zu stellen. Die weitere Einfuhr von Brotgetreide wird nur möglich sein, wenn wir weiter die Vorkasse aus dem Exporte erhalten. Eine weitere Erhöhung der Weizenpreise ist jetzt nicht angedacht. Demnach werden die Verhandlungen hinsichtlich der Weizenpreise für das Wirtschaftsjahr 1921/22 getroffen werden. Die allgemeine Dürre hat auch den Gesundheitszustand des Viehs gehoben, doch bedürfen wir nach wie vor der Einfuhr von Kraftfutter und von Milch. Ich danke hierbei all den hochberühmten Spendern und Gebern vom Auslande, die unsere armen Kinder versorgt haben. (Beifall.) Die Schweinemast muß gefördert werden. Die Aufzucht der Zoonosekrankheit für Malaria hat günstige Wirkung. Der Abbau der Kriegsschulden ist so weit durchgeführt, daß über den 1. Januar hinaus nur noch 50 Millionen weiter arbeiten werden. Der Personalbestand wird überall nach Möglichkeit vermindert. Dem Schmutz und den Verunreinigungen wird an der holländischen Grenze energisch entgegengetreten werden. In der Düngefrage liegt kein Anlaß vor, so schnell zu handeln. Hier muß eine Stabilisierung der Preise und eine Erhöhung der Produktion zugunsten der Düngemittel gefördert werden. Aber eine Verbilligung ist allerdings nicht zu erhoffen.

Herr Braun-Düsselhof (Soz.): Wenn sich die landwirtschaftliche Produktion weiter in der Richtung bewegt wie jetzt, so müssen alle Weizen und alle Getreide die Kurve unserer Produktion. Die Hauptursache liegt in der Verarmung unserer Böden. Darum müssen die Kunstdüngemittel vermehrt nutzbar gemacht werden. Gut allein genügt noch lange nicht die Nachfrage nach guten Düngemitteln. Es fehlt der Wille der Landwirtschaft zum intensiven Betriebe. Das Reich muß die Herstellung der Düngemittel in die Hand nehmen.

Reichsminister Dr. Hermes weist die Vorwürfe als unberechtigt zurück. Man kann die Dinge nicht theoretisch, nur unter dem Gesichtswinkel der Düngefrage betrachten; die Anfuhr der Düngemittel fördert die Industrie und ihre Leistungsfähigkeit, und damit indirekt auch die Landwirtschaft. Die Mehrerlöse sollen nicht der Industrie selbst, sondern der Allgemeinheit zugute kommen.

Freih. Landwirtschaftsminister Braun: Die Vertreter der größeren Länder Württemberg, Bayern, Mecklenburg haben sich für meine Resolution ausgesprochen. Reichsminister Dr. Hermes: Die geschichtliche Darstellung wird die Situation anheben.

Reichsanwalt Heinen: Die Vorgänge, die sich in den letzten Stunden hier abgepielt haben, sind tief bedauerlich. Auch wenn Herr Braun hier als Abgeordneter sprach und seine Angriffe gegen den Reichsminister nicht richtete, müßte er sich klar darüber sein, daß er vertritt in die Tage kommen würde, auch als Reichsanwalt. Landwirtschaftsminister hier aufzutreten. Das Schandestück, das hier geboten wurde, ist tief bedauerlich. Es ist tief bedauerlich, wenn die Autorität im Reich so angegriffen wird, wodurch eine stärkere, gesunde Reichspolitik unmöglich wird. (Beifall rechts und in der Mitte. Lachen links.)

Freih. Minister Braun: Nachdem es möglich geworden ist, daß Minister anstatt Abgeordneter sind, werden Sie diese Vorgänge eher erleben. Ich war durchaus sachlich und habe nicht angegriffen, sondern Angriffe im Hausausfluß des Hauses abgemindert. Wörtlich sind dem Reichsanwalt die Vorgänge viel zu schnell geschildert worden.

Das Haus verläßt sich auf Dienstag 12 Uhr: Anträge: Weiterberatung. Schluß 6¼ Uhr.

### Deutsches Reich.

#### Die Ernährungsminister.

Bei den Verhandlungen der Ernährungsminister der deutschen Staaten, die am 6. Dezember in Weimar stattfanden, hielt Reichsminister Dr. Hermes folgende Rede:

Wir treten zu unseren Beratungen in einer Zeit zusammen, da die Ernährung sich in einer schwierigen Lage befindet. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Getreideversorgung. Wenn ich auch nicht den extremen Bestimmungen teile, die in der Öffentlichkeit mehrfach zum Ausdruck kommen, wäre es doch nicht gerechtfertigt, die Angelegenheit leicht zu nehmen. Wir hoffen, bei unserem Bemühen, die inländische Versorgung wieder zu heben, Verständnis und Unterstützung bei der Landwirtschaft zu finden. Wir dürfen nicht ruhig aufsehen, wenn ein Teil der Erzeuger und Händler dem Export keine Mittel mehr anlegt, wir sind vielmehr der Meinung, daß mit schärferen Maßnahmen zu ergreifen werden muß in Fällen, wo Erzeuger und Händler die Interessen der Allgemeinheit außer acht lassen und nur an den eigenen möglichst hohen Gewinn denken. Es gibt keine politischen Verschiedenheiten oder Gegensätze in dieser Angelegenheit.

### Münchener Brief.

Von Richard Rief.

Das Thermometer in München gleicht dem Dollarfuß in Deutschland: Es gibt fast jeden Tag ein neues Bild: hoch — niedrig — hoch — niedrig. Und es gleicht auch dem Red-Turner, indem es sich bald über die Null-Stange schwingt, bald tief darunter den Duedelbier-Finger streckt. An unserem Mißbehagen kann auch die fähigste Bauchweil des Thermometers nichts ändern. Denn wer in München eine Zentralheizung hat, an den sind auch drei Wärmegrade verloren. Denn diese Zentralheizungen — sind nicht im Betrieb, und den Erzieher-Eisen-Schützengraben-Dien kann der stierende Schriftsteller mit noch so vielen Zeilenhonoraren füllen — er wird doch nach anfänglich drängender Glut bald erkalten. So geht der Mann denn mit besonderem Vergnügen ins Leben hinaus. Hier freut er sich, daß alle Metzgerläden mit roten Tier-Weichen sind überfüllt sind, daß die Auslagen Würste und Schinken zieren, und daß jedermann diese Herrlichkeiten kaufen kann — falls er 12—18 Mk. für ein Pfund Fleisch auszugeben in der Lage ist. Die schönen Zeiten, in denen das Wort vom „billigen München“ Wahrheit gewesen, sind längst vorbei. Die Würst kostete bei uns ebenso 30—50 Mk. pro Kilo, wie in Berlin und sonstwo in Norddeutschland, aber — sie wird gekauft und gegessen, denn — mir ha'm's ja! Und wir haben auch Schmutz und jede Dame, wenn sie nicht etwa dem geistigen Mittelstand angehört oder dem höheren Beamtenstand trägt ihre Pelzjacke. Die Autos bilden lange Spalten an ihren Ansammlungsplätzen, und sogar die Tramway sind oft bedeckt, obwohl der Fahrpreis jetzt zwischen 60 und 100 Pfennigen schwankt. Es soll sogar Menschen geben, die so reich sind, daß sie täglich Tramway fahren. Im übrigen leben wir im Zeitalter des Preisabbaus und deshalb erhöht der Magistrat alle Vierteljahre die Gebühren und Abgaben. Denn auch in München predigt jedermann den Preisabbau. Nur soll — immer der andere damit den Anfang machen.

es handelt sich einfach um die Notwendigkeit, aus der Not herauszukommen.

Im weiteren Verlauf der Tagung werden wir die Förderung der Landwirtschaftlichen Erzeugung erörtern, wobei insbesondere an die Verbilligung des Kunstdüngers zu denken ist, dann an die Wüsterbekämpfung und die Wirkung der Aufhebung der Zwangsverpflichtung auf den verschiedenen Gebieten. Wir müssen drehen mit dem Gedanken, als ob hinter der Aufhebung der Zwangsverpflichtung die Aufhebung der Zwangsverpflichtung des Getreides kommen müßte. Es wird die Aufgabe weiterer Erörterungen sein, wie wir die Getreidebewirtschaftung regeln wollen. Dann muß aber an dem Gedanken schachalten werden, daß die Landwirtschaft auch zukünftig so viel für die öffentliche Wirtschaft herausgibt, als sie herausgeben kann.

#### Gegen die positive Resistenz.

Nach einer Vorklage aus Berlin liegt dem Reichstage eine Vorlage über die Erhöhung der Steuern auf die Einkommen der Beamten vor, mit deren Zustimmung zu rechnen ist. Die Verbilligung der neuen Einkommensteuer wird mit größter Aufmerksamkeit betrieben. Weiterhin sollen, soweit es möglich ist, noch vor Weihnachten auf Grund der neuen Besoldungsordnung Maßnahmen ausgeführt werden. Von der Reichsregierung geschieht alles zur schnellen Regelung dieser Dinge. Wenn trotzdem unter den Beamten in einzelnen Gebieten eine Bewegung für die Aushebung der passiven Resistenz und des Streiks gegen den Willen der maßgebenden Vorgesetzten der Beamten eingeleitet hat, die geeignet ist, die deutsche Wirtschaft zu schädigen, so muß diesem gegenüber mit allen Mitteln eingeschritten werden. Der Reichsminister hat deshalb auf Grund eines Kabinettsbeschlusses unter dem 3. Dezember an die Reichspostdirektion verfügt, daß bei Dienstverweigerung, gleichgültig, ob sie mit Herablassen vom Amte verbunden ist oder nicht, gegen jeden Beamten gemäß § 18 und 14 des Reichsbeamtengesetzes einzuschreiten ist. Vordienstbeschäftigte sind bei gleicher Veranlassung straflos zu entlassen.

Nach Mitteilungen des Aktionsausschusses der neu gegründeten Volksgemeinschaft in Karlsruhe steht die unmittelbare Vorlage der von den Volksgenossen und Angehörigen in den letzten Tagen geäußerten passiven Resistenz. Die Beamten wollen den Dienst nicht wieder wie vorher versehen, um die Volksgenossen aus ihrer bedrückten Lage zu befreien. Die Beamten hoffen, daß die Regierung ihnen das Verbot des Streiks gegen den 31. März 1921 schon jetzt zur Ausübung erteilen läßt.

Aus Heidelberg wird gemeldet: Die Bewegung der Volksgenossen, die vor allem darauf abzielt, die Aufmerksamkeit der Behörden und der Öffentlichkeit auf die große Notlage der Volksgenossen zu lenken, scheint in ruhiger Bahnen voranzugehen. Die Beamten beschließen, ihren Dienst wie früher wieder zu versehen und die passive Resistenz aufzugeben. Sollte der wirtschaftlichen Lage der Beamten und Angehörigen nicht Rechnung getragen werden, so würden sie zur Wiederholung der Bewegung in schärferer Form veranlaßt sein. (Auch in Mannheim und Pforzheim ist die Bewegung bereits abgeklungen.)

#### Metallarbeiterstreik.

(Eigener D. A. H. Bericht.)

W. Leipzig, 6. Dez. Am Sonntag vormittag tagte im Volkshaus eine Betriebs- und Funktionär-Versammlung, in der übereinstimmend der Beschluß gefaßt wurde, am Montag früh in 55 großen Betrieben der hiesigen Metallindustrie die Arbeit einzustellen. Von etwa 35 000 Metallarbeitern werden rund 15 000 vom Streik betroffen.

#### Vor dem Volksschied in München.

Wie unser Münchener Korrespondent meldet, dürfte die bürgerliche Einheitsfront in München nur bis zum 12. Dezember, dem Tage des Volksschieds, dauern. Darüber hinaus, für die Gemeindefront selbst, sind für die Weiterbestehen so gut wie keine Aussichten vorhanden. Die bürgerliche Partei ist auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, ihre von ihr als besonders günstig beurteilten Aussichten bei den Wahlen zum Stadtrat nicht zu opfern. Die Deutsche Demokratische Partei arbeitet daran, die bürgerliche Koalition über den nächsten Sonntag hinaus zu erhalten. Die Demokratischen treten zum erstenmal seit ihrem Bestehen in Bayern in Gemeindefront ein; sie wollen bei dieser Gelegenheit ihren Platz im eigentlichen Bürgerium kennen lernen. Ob zwischen ihnen und den Nationaldemokraten wie bei den großen Wahlen im Sommer ein gemeinsames Abkommen getroffen wird, steht noch dahin.

#### „Das Bayerische Vaterland“

das durch die Unmöglichkeit seines Bestehens und ersten Redakteurs Dr. Jur. Stal in weiten Kreisen

bekannt ist, soll vom 1. Januar ab zu einem großen Blatt ausgebaut werden, dessen Finanzmann Herr v. Gramer-Klett ist. Das Blatt soll die Aufbaumassen der Kreise des katholischen Bayers vertreten, die mit der Abspaltung von der Zentrumspartei nicht einverstanden sind. (Herr v. Gramer-Klett war von Geburt Protestant, trat aber vor etwa einem Jahrzehnt zum Katholizismus über; durch verschiedene Klostergründungen ist er dann besonders bekannt geworden. Die Red.)

### Badische Politik.

#### Schubbeginn an Ostern.

Der Bad. Land-Preßdienst verbreitet in Ergänzung seiner von uns in Nr. 330 des „Tagbl.“ (Donnerstag, den 2. Dezember l. J.) abgedruckten Mitteilung folgende Mitteilung:

Die unter dieser Epithet verbreitete Notiz gibt der Deutung Raum, als habe sich die dieler Tage in Karlsruhe abgehaltene Direktoren-Konferenz von sich aus ohne Rücksicht auf die Stimmung der Öffentlichkeit für den Osterbeginn eingeleitet. Diese Auffassung trifft nicht zu. Vielmehr wurden die Direktoren in dieser Frage gewissermaßen vor eine vollendete Tatsache gestellt und sie haben ihren wohlüberlegten Widerstand gegen die Neuerung lediglich unter dem Zwang der Umstände und im Hinblick auf die anders nicht zu erzielende Einheitsfront im Reich schließlich nachgedungen aufgeben müssen.

#### Badischer Städtetag.

Offenburg, 6. Dez. Am Samstag tagte in der Turnhalle der Oberrealschule der Badische Städtetag, die Organisation der größeren Städte Badens. Als Regierungsvertreter waren dazu erschienen Landeskommissar Dr. Schneider-Freiburg und Oberamtmann Schwärzer-Offenburg. Für den Badischen Landtag war anwesend Präsident Dr. Kopf. Als außerordentliche Stadt hatte sich Darmstadt durch ihren Oberbürgermeister Dr. Gläting vertreten lassen. Den Vorsitz der Versammlung führte Oberbürgermeister Dr. Walz-Weidelberg.

Über die Wohnungsfrage berichtete Bürgermeister Schneider-Karlsruhe. Der Redner trat für die Durchführung der Mietsteuer ein. Oberbürgermeister Dr. Gläting-Darmstadt sprach die Befürchtung aus, daß aus der mehrfachen Belastung eine Überbelastung der Mieter eintreten könnte. Er sprach sich für eine gleichmäßige Regelung der Mietsteuer für das Reich aus.

Stadtrat Reidel-Mannheim gab der Ansicht Ausdruck, daß durch die Wohnungsabgabe eingehende Geld nicht ausreichen werde, um genügend neue Wohnungen zu bauen. In der Niedrighaltung der Mieten unter allen Umständen liege ein schwerer Fehler. Man müsse bedenken, daß die Häuser mit Gasmark gebaut worden seien, daß die Hausbesitzer jetzt aber nur noch Papiermark bekämen. Der Redner schlägt vor, die Mieten so zu erhöhen, daß sie dem jetzigen Gekosteten der Häuser entsprechen, dafür aber aus öffentlichen Mitteln einen Mietausgleich zu gewähren. — Stadtrat Engler-Freiburg befürwortet eine einheitliche Regelung der Wohnungsfrage durch das Reich. Redner wandte sich gegen eine zu große Steigerung der Mieten.

Im weiteren Verlauf der Aussprache führte Oberbürgermeister Dr. Zintzer-Karlsruhe aus, der Angelpunkt der ganzen Frage sei die Niedrighaltung der Mieten. Die Befreiung des Bau- und Wohnungswesens von der Zwangsregelung sei aus sozialpolitischen Gründen absolut unumgänglich. Die Mieten in der bestmöglichen Weise in die Höhe zu treiben, würde eine erneute Verteuerung der Lebenshaltung, neue unerhörte Lohnkämpfe, wahrlich eine neue Revolution bedeuten. Die aus den Wohnabgaben in den großen Städten hervorgehenden Mittel zu Bauzwecken dürfen nicht außerhalb der Städte verwendet werden.

Ein Vertreter des Arbeitsministeriums betonte die Unmöglichkeit der Freigabe des Wohnungswesens.

Nach Abschluß der Aussprache wurden 8 Beschlüsse über die Erhebung einer Wohnabgabe angenommen. In diesen Beschlüssen wird betont, daß die Förderung des Wohnungsbaus Aufgabe der Allgemeinheit ist und daß den einzelnen Gemeinden ein bestimmter Anteil der Wohnabgabe vorweg zu belassen ist. Von der Regierung wird erwartet, daß sie zur sofortigen Ermöglichung der Inangriffnahme der Neubauten dem Badischen Landtag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorlegt, der die Gemeinden ermächtigt, die Erhebung einer solchen Abgabe anzuordnen. Schließlich soll die Regierung eine Notverordnung erlassen, die alle Gemeinden verpflichtet, Wert- und Mietskataster anzufertigen und zwar für alle Wohnungen.

Im zweiten Teil der Beratungen befaßte sich der Städtetag mit den Steuerfragen der badischen Städte. Oberstadtratsrat Seger-Mannheim sprach hierüber in eingehender Weise. Den Inhalt seines Vortrags hatte der Redner in mehrere Teile zusammengefaßt, in denen u. a. zum Ausdruck kommt, daß bei der Landesgesetzgebung über die Deckungsmittel des Gemeindehaushalts im Rahmen der Gemeindeverwaltung der Staat auf dem Gesamtgebiet der Gemeindeaufgaben den Städten jede mit dem Staatswohl verträgliche Freiheit einzuräumen hat. Den Städten soll ferner die Möglichkeit eröffnet werden, Zuschläge zur staatlichen Steuer auf Grund- und Betriebsvermögen in unbeschränkter Höhe zu erheben. Die Veranlagungssteuer soll lediglich den Städten verbleiben. Zum Lastenvergleich soll das Land mindestens die gesamten Personalkosten der Volksschule, der höheren Fachschulen, sowie die gesamten Ausgaben der Polizei übernehmen.

Schließlich nahm der Städtetag noch einige Änderungen der Statuten vor.

### Aus Baden.

a. Weinsheim, 4. Dez. Der Bürgerausschuß beschäftigte sich gestern mit dem Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1920/21, der nach fünfjähriger Sitzung nachts halb 11 Uhr verabschiedet wurde. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde eine Erklärung der sozialdemokratischen Ratonsfraktion zum bestehenden Kommunalkonflikt zur Kenntnis gegeben. Danach bleiben die Mehrheitsfraktionen auf ihrer Forderung der Mandatsübertragung der drei ehemaligen sozialistischen Stadträte Böhrer, Schwab und Müller bestehen. Die Angelegenheit werde vorerst vor dem Bezirksrat verhandelt werden. In der Erwägung, daß die Beschlußfassung über den Voranschlag eine dringende Notwendigkeit ist und daß die Einbringung einer Gebalts- und Lohnnovelle bevorsteht, habe sich die Fraktion entschlossen, an den Sitzungen des Bürgerausschusses teilzunehmen. Sie befaßte sich jedoch mit der Stellungnahme vor, falls der Bezirksrat der Bekörderung nicht stattgeben sollte. In der nun folgenden Debatte über den Voranschlag gab Bürgermeister Huegel einen Finanzüberblick, wobei er ausführte, daß durch die großen Aufwendungen für Kleinwohnungsbauten und für Hofhandarbeiten die Gemeindefinanzen arg gelitten haben. Diese Verhältnisse machen der Stadtverwaltung die äußerste Sparsamkeit zur Pflicht. Es werde eine Umgestaltung des ganzen Verwaltungsapparates nötig werden, und zwar schon bis zum Schluß dieses Rechnungsjahrs. Er hoffe, daß es gelinge, auch im Gemeindevoranschlag die Schwierigkeiten und Gefahren der nächsten Jahre auf zu überwinden. Nach mehrstündiger Spezialdebatte wurde der Voranschlag mit 5 Millionen Mark in der Ausgabe und 3,6 Millionen in der Einnahme genehmigt, zugleich wurde beschlossen, den Gehaltsbetrag von 1,6 Millionen Mark durch Gegenfinanzierung und Steuern des Betriebsvermögens 1,50 von 100 M. Steuerwert zu decken.

Oberkirchheim (6. Lage), 6. Dez. Durch Feuer ist das Anwesen des Zimmermanns Hager zerstört worden.

w. Rippoldsan, 6. Dez. Am Samstag vormittag hat der seit März d. J. hier wohnende, 35 Jahre alte Fabrikant Bernhard Moosius Menrad aus Neulingen seine Frau und

Zuschlag zu geben, obwohl der Kino-Interessent mit höherer Summe answartete.

Ein jüngerer alter Brauch wird auch heute noch in Ehren gehalten: In siebenjährigen Zwischenräumen finden in München die sogenannten „Schäfflerläufe“ statt. Da der letzte Lauf im Frühling des Jahres 1914 aufgeführt wurde, bringt uns das Jahr 1921 seine Wiederkehr, ein Juntribauch, den auch die neue, die schreckliche Zeit, nicht hat gerichlagen können. Auf öffentlichen Plätzen, in den großen Bierhäusern aber auch auf der Straße, auf „Engagement“ eines wohlhabenden Müzgen führen in den Frühjahrswochen die Junggenossen in roter Weis ihren Reigen an. Wer morgens Schlag elf vor dem Münchner Rathaus steht, der kann, im Turmbau Schäffler-Figuren beim Glockenspiele bemerken. Nun folgen also auch die echten Schäffler, die Länger aus Fleisch und Bein, ihre Kunst zeigen. In dieser Brauch bereinigt entkanden, um, nach der schrecklichen Zeit der Pest, der Stadt wieder etwas Lebensfreude zu spenden. So möge er auch unserer, schwergeprüften Zeit ein Sinnbild der Gemeinlichkeit sein.

### Theater und Musik.

Badisches Landestheater. In der gut besuchten Sonntagsvorstellung von „Cavalleria rusticana“ sang Heby Fra cema-Brügelmann zum ersten Male hier die Santuzza. Es war eine der besten Leistungen dieser stets interessanten, sicher gestaltenden Künstlerin. Das Spiel, reich an feinsten Einzelzügen, war getragen von harter Leidenschaft und echtem Gefühl. Gleich erfreulich war auch die gesungene Darstellung; die warmblütige Stimme schwebte in den weichen, manchmal allzu süßlichen Melodien dieser dankbaren Partie. Helmut Kuegelbauer war als Turiddu diesmal darstellerisch etwas unruhig, dagegen erquidete er wieder durch seinen frischen, glanzvollen Gesang. Die Sola muß, soll man ihre Anziehungskraft auf

ffar, die das Münchner Land schon umtreute, als München noch München war und Schwabing die Stedlung Sompings, aus „schwarzes“ Wasser verzichtet würde. . . Sie ist grün und will grün bleiben! Aber, wo kein Wasser ist, hat auch das damit betriebene Elektrizitätswerk sein Recht verloren. Es muß mit Kohlen betrieben werden, und Kohlen sind rar. Man muß mit ihnen spaa—ren! So droht uns denn, wenn die Regenwetter nicht endlich doch noch den Dezember begiebt, Sperrstunden, Industrie-Einsparungen und, was der Erzeugnisse der Reuezeit sonst noch sind!

So gibt es denn Sorgen genug, aber das Leben — tanzt. Auch München, das ebendem die Stadt eines alter Tradition bemühten Bürgeriums gewesen ist, die Stadt ehrwürdiger Bräuche, harmlosen Vergnügens und einer von innen kommenden Fröhlichkeit, auch München hat sich zu dem Kadaver befördert, der in Deutschland heute vielfach als „Amusement“ genommen wird. Gewiß, nicht alle Kreise nehmen daran teil. Gerade die Besen zwingt die wirtschaftliche Not zu Zurückhaltung. Und so erhält denn das öffentliche Leben eine Nuance, auf die man besser verzichtete. Was früher „a Deb“ war, ist heute ein „Bumms“. Neue Genieherkole, für Schieber und Revolutionsgewinner bestimmt, in denen eine Abendtrötsche sich in dreifelligen Markthäusern ausdrückt, entstehen immer wieder, und auch in München wird die altheimlich-bekanntliche Beziehung „Diele“ mißbraucht, um Lokalen als Anhängelich zu diesen, die eine sogenannte „gemütliche Aufmachung“ zum Vorwand für besonders freudige Repperei nehmen. — Die Theater sind vom Kino bedroht. Es hat sich zwar glücklicherweise nicht bewahrheitet, daß zwei der literarischen Bühnen in Rücksichtshäuser umgewandelt werden, aber bedroht waren diese Bühnen. Die „Kammerpiele“, die eines der besten deutschen Theater sind, haben das Unheil dadurch abgewehrt, daß sie das Haus, in dem ihre Bühne sich befindet, ankauften. Der Hausbesitzer war einseitig genug, ihrem Angebot den

Sonst aber geht's uns gut. Wieder ist trübbar das Lichtprojektiv, und in den Stunden des Vormittags hat jeder bessere und weniger gute Ausblick eine Frühstückskarte von bester altmünchener Tradition. Schweinswurst gibt's wieder, Fränkische, Pfälzer und, ja auch die: und Weiskwürst! Im Franziskaner ist Hochbetrieb, und Fresser, der Dichter, ist hier allmorgentlich Propaganda für die pantographische Tendenz seiner Romane. Das „Donis“, die Kunstschneise am Marienplatz, die jeder kennt, der einmal einen Fasching in München mitgefieert hat und allmorgentlich im Müll, nach Redoute und Luitpold, die Ausfahrt-Eröffnung hier erwartet, dieses gepriesene Donis, an dessen Tisch der Luft neben der Professorengattin sah und der Schankelburschen-Dress Schalter an Schalter mit dem Dreifischwanzmantel trant, dieses Lokal hat sich wieder seiner Kulturmission besonnen und liefert seit neuestem wieder von fünf Uhr morgens ab prima Weiskwürst. Fehlt nur noch der Karneval. Und auch der wird kommen. Wird wieder einziehen, und diesmal im Zeichen des Fortritts, des Dohs-Tritts und all der anderen Erzeugnisse, die dem anständigen und geschmackvollen Menschen, der etwa mal eine Pfauenfeder brauchen sollte, das Donis trefflichst ersuchen. „Tanzt Fortritt, Ihr Leute, die Zeiten sind ernst“ dichtete Karlchen neulich. Er hat recht! Versailles ist vergessen. Es lebe die Papiermark! Solange es in Deutschland Papierfabriken gibt, kann Deutschland nicht untergehen! Aber — wir wollen lieber von München reden!

Und wir wollen mit Bedauern feststellen, daß es trotz des Lichtprojektivs eine sehr dürftige, aber trodene Seele bei uns gibt: daß ist die liebe Ffar, die brave Fremdin, die unter der Zeit leidet, ohne daß sie dafür verantwortlich zu machen wäre! Sie ist trocken . . . trocken . . . trocken . . . Kein Regen im Tale, und auf den Bergen kein Schnee. Woher soll das nasse Element seine Feuchtigkeit beziehen? Da vermag jeglicher Schleichhändler, zumal die ebrliche alte



**Bekanntmachung.**

Ich berufe die Mitglieder des Verwaltungsausschusses zu einer öffentlichen Versammlung auf...

**Fahrnis-Versteigerung**

Donnerstag, den 9. Dezember, Beginn vormittags 9 Uhr, Rheinstraße 97. I: ein Pianino mit...

**Holz-Versteigerung.**

Das Badische Forstamt Karlsruhe-Hardt verleiht am Donnerstag, den 9. Dezember 1920...

**Gewerkschaftsbund der Lagerer (GdW).**

Mittwoch, den 8. Dezember 1920, abends 7 Uhr im Goldenen Adler, Karlsruherstr. 12...

**Reichs-, Staats-, Gemeindebeamte!**

Am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, findet große...

**Beamtenversammlung**

im Saale des Friedrichshofs statt. Herr Hilgel, 1. Vorsitzender des Deutschen...

**Eintracht-Saal.**

Dienstag, 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr Vortrag von Hans v. Heristhal...

**Mutterschaftsvereine und Mutterschaftskind**

Eine neue, weitere Form der Ehe als Lösung der sexuellen Not und Kindessehnsucht zur Einsamkeit verurteilten Weibstums...

**Siegfried Mayer**

**Mina Mayer**

geb. Altmann

Vermählte

Treuchtlingen, Karlsruhe

Würzburg, Bahnhof-Hotel

7. Dezember 1920

**Eugen Neumetzger**

**Erna Neumetzger**

geb. Kaufmann

Vermählte

Karlsruhe 6. Dez. 1920 Kehl a. Rh.

**Badisches Landestheater.**

Dienstag, den 7. Dezember 1920.

**Figaros Hochzeit**

Anfang 6 1/2 Uhr Ende 9 1/2 Uhr

**Volksbühne.**

Im Konzerthaus.

Dienstag, den 7. Dezember 1920

**Heim's Funden.**

Anfang 7 Uhr Ende geg. 10 Uhr

Mittwoch, den 8. Dezember 1920, im Agneshaus, Hirschstr. 35b

**Wohltätigkeitsbazar**

zugunsten der Kinder-Fürsorge des Caritasverbandes. Eröffnung um 11 Uhr.

Orchesterkonzert der Kapelle des Kaffee-Odeon

Bu'fet, Verkaufsbüder, Krabbelsack.

1/2 8 Uhr abds. Konzert (Solo-Solistenkonzert)

Eintritt 1 Mk. Ta'zskarte mit Abendkonzert 4 Mk.

Vorverkauf bei: Dorer u. Dorer, Erbprinzenstr., Jester, Ludwig-Wilhelmstr., Kraus, Neckstr., Schappinger, Augarusstr., Häther, Nultstr., 11.

**Festhalle**

Samstag, den 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr

**Konzert**

des Lehrer-Gesangvereins.

Mitwirkende: Kammeränger von Gorkom und Prof. Kessissoglu (Pianist) aus Wien.

Am Fängel: K. Stehlin jr.

Der Chor des Lehrergesangvereins (180 Sänger).

Musikalische Leitung: Heinrich Lechner.

Karten zu Mk. 2.— bis 5.50 (einsch. Steuer) in der Musikalienhandlung Fritz Müller, sowie an der Abendkasse.

**„Café Bildenbrand“**

Telephon 322 Inh.: Frz. Weigand, Waldstr. 8.

Seute abend 8 1/2 Uhr

**Großes Sonder-Konzert**

mit verstärkter Kapelle.

**C. F. Müller'sche Hofbuchhandlung m. b. H.**

Karlsruhe (Baden) Ritterstraße 1



In einigen Tagen erscheint:

**Hebels Briefe**

an Gustave Fecht

Herausgegeben von Dr. Wilih. Zentner

192 Seit. Groß-8°, auf bestem weissem holzfreiem Papier, mit einer Bildnissel der Gustave Fecht

In vornehmern Halbleinwand Mark 20.—

In hartem Einband gebestet Mark 15.—

und Buchhandlungszuschlag

Bestellungen nehmen entgegen die Buchhandlungen und der Verlag

**Union-Theater**

Kaiserstraße 211.

Ab heute:

Die

Tänzerin

6 Akte

Fern Andra

von

Dschiapur

Drama in 6 Akten.

Ferner:

Der Mann mit dem

Affenkopf

Posse in 3 Akten mit

Konrad Dreher

Christ. Fränkle, Goldschmied, Karlsruhe, Kaiserstr. 211

Notenständer eiserne, zum Zusammenlegen, bronzierte. Tischnotenpulte Fritz Müller Musikalienhandlung Musikinstrumente. Kaiserstr., Ecke Waldstr. 1. u. 2. Stock. Teleph. 388.

Ratten Mäuse Käfer Chem. Fabrik Anton Springer Ettlingerstraße 51.

Praktisches Weihnachtsgeschenk! MAGGI's Würze in Flaschen, MAGGI's Suppen in Würfeln, MAGGI's Fleischbrüh-Würfel. Diese sind nur echt, wenn sie auf der Etikette den Namen MAGGI tragen.

**Die arme Sünderin.**

Roman von Ernst von Holzogen.

Philipp sah neben dem Ofen auf einem Stuhl einen alten Handkoffer liegen, den er als Junggesele zu kürzeren Ausflügen oft mitgenommen hatte.

der Kopf feilhängen am Boden des Kofferchens. Kein Blut — kein Tropfen Blut! Aber wachsbleich das Gesicht und die Augen weit offen —

und schlug gegen die Wände des Koffers und murrte und stöhnte — aber herunter fiel er nicht. Und die Hand an dem Griff war wie festgefroren und der Krampf war nicht zu lösen.

Ganz leise öffnete er die Schlafzimmertür. Er hörte das regelmäßige Atmen der drei Kinder, und dann drückte er ängstlich den Kopf nach der anderen Seite, wo das Fräuleinbent stand —

Aus dem Stadtkreise.

Stadttrabantenwahl. Die Ertragswahl für den...

Wahrauswahl. Die nächste öffentliche Bürgerauswahl...

Der Rhein ist seit gestern im Steigen begriffen...

Unfall. Sonntag abend führte eine Frau in...

Fahndung. In der Nacht vom 2. zum 3. Dezember...

Körperverletzung. In verfloßener Nacht drangen...

Diebstahl. In der Nacht zum Sonntag gegen 12 Uhr...

Chronik der Vereine.

Kirchenkonzert des evangelischen Südstadtkirchenchores...

Diebstahl. In der Nacht zum Sonntag gegen 12 Uhr...

Chronik der Vereine.

Kirchenkonzert des evangelischen Südstadtkirchenchores...

E. Sanitätskolonne. Am Samstag hielt die Kolonne...

Veranstaltungen.

Die Karlsruher Ortsgruppe der Antiochenschaft...

Ständesuch-Ausgabe.

Chemische Industrie.

Ständesuch-Ausgabe.

Chemische Industrie.

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Allgemeine Wirtschaftsnachrichten.

Die Seifenherstellung.

Das wertlose russische Geld.

Die russische Rundschau vom 16. November...

Veranstaltungen.

Ständesuch-Ausgabe.

Chemische Industrie.

Ständesuch-Ausgabe.

Chemische Industrie.

Devisenkurse eine wesentliche Stütze gewährte...

Börsen.

Amtliche Notierungen der Mannheimer Produkt...

Industrien.

Farbwerke vormals Meister, Lucius & Böhning...

Börse - Handel - Industrie - Gewerbe

Frankfurter Börse.

w. Frankfurt a. M., 6. Dez. Die Börse verkehrte...

Berliner Börse.

w. Berlin, 6. Dez. An der Börse dämmte zwar...

Tagesanzeiger.

Dienstag, 7. Dezember.

Landestheater. 'Hägar's Hochzeit'. 6 1/2 Uhr.

Konzerthaus. 'Sommernächte'. (Vollbesetzung)

7 Uhr.

Opernhaus. Variété. 8 1/2 Uhr.

Kantatenverein. 'Dienstag'. 8 Uhr.

Landestheater. 'Hägar's Hochzeit'. 6 1/2 Uhr.

Konzerthaus. 'Sommernächte'. (Vollbesetzung)

7 Uhr.

Opernhaus. Variété. 8 1/2 Uhr.

Kantatenverein. 'Dienstag'. 8 Uhr.

Wertpapier- und Devisenmarkt.

Frankfurter Kursnotierungen: Tabelle mit Spalten für Bank, Industrie, Eisenbahn, Schiffahrt, Bank-Aktien.

Berliner Kursnotierungen: Tabelle mit Spalten für Industrie-Papiere, Eisenbahn, Schiffahrt, Bank-Aktien.

Devisennotierungen: Tabelle mit Spalten für w. Frankfurt, w. Berlin, w. Zürich.

Devisenkurse im Freiverkehr: Tabelle mit Spalten für Amsterdam, London, Paris, New York, Wien.

